

Einfache Anfrage von Chompel Balok

### **Lobbying auf kommunaler Ebene - Interessensbindungen und Nebenbeschäftigungen von Stadtparlamentarier\*innen offenlegen**

Gemäss einem neueren Bericht von Transparency International Schweiz braucht es in der Schweizer Politik mehr Transparenz und klare Regeln für Lobbying. Andernfalls bestehe die Gefahr von undemokratischen und heiklen Einflussnahmen, die bis zur Korruption reichen können.<sup>1</sup> Insofern ist die Forderung nach Transparenz eine wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Transparenz stärkt das Vertrauen in das politische System.

Die Forderung des Berichts bezieht sich primär auf die nationale Politik, findet ihre Berechtigung aber auch auf kommunaler Ebene und insbesondere in den Städten. Gerade in kleinräumigen Städten wie St.Gallen, in der einerseits die fachlichen und finanziellen Ressourcen vielfach begrenzt sind, besteht die Gefahr einer zu engen Verflechtung von Wirtschaft und Politik und damit das Risiko einer heiklen Einflussnahme auf politische Entscheidungen. Begünstigt wird dieser Umstand zudem dadurch, dass die vergleichsweise tiefen Vergütungen für das Stadtparlamentsamt tendenziell jene Kreise begünstigt, die sich finanzielle Einbussen leisten können.

Ein wichtiger Schritt, um die notwendige Transparenz zu schaffen, wäre die Offenlegung von Interessenbindungen sowie Nebenbeschäftigungen der Stadtparlamentarier\*innen. Die Umsetzung könnte relativ einfach und niederschwellig über die Website des Stadtparlaments erfolgen. Das kantonale Parlament praktiziert dies bereits über ihr Ratsinformationssystem. Auch müssen im Kanton St.Gallen alle gewählte Richter\*innen ihre Interessenbindungen auf der Website der Gerichte transparent machen.

Gerne bitte ich um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie wird die Veröffentlichung von zusätzlichen Informationen zu Interessenbindungen und Nebenbeschäftigungen auf der Website des Stadtparlaments grundsätzlich beurteilt?
- Wie lange würde die Erhebung dieser Angaben dauern und bis wann könnten diese Zusatzangaben auf der Website des Stadtparlaments umgesetzt werden?
- Welche verbindlichen Vorgaben zur Offenlegung von Interessenbindungen und Nebenbeschäftigungen bestehen in anderen vergleichbaren Parlamenten?
- Wie könnte resultierend aus diesem Praxisvergleich eine grobe Lösung in der Stadt St.Gallen aussehen?
- Wie könnte bei der Publikation die Unterscheidung zwischen bezahlten und nicht bezahlten Nebentätigkeiten geregelt werden (Betragsgrenzen)?
- Welche weitergehenden Regelungen, wie zum Beispiel ein Ausschluss eines Einsitzes in eine Kommission bei vorliegender Interessenskollision, wären zu prüfen?

---

<sup>1</sup> Medienmitteilung vom 28. Februar 2019: [Lobbying in der Schweiz - Transparency International Suisse](#)